

# Genehmigungsplanung

Baumaßnahme:

**GDRM Deutschneudorf**

**Bauwerk:  
Schmutzwasserkanalisation**

in

**Deutschneudorf**

Auftraggeber:

GASCADE  
Gastransport GmbH  
Kölnische Straße 108 - 112  
34119 Kassel

Objektplanung:

Dipl.-Ing. Gajowski GmbH  
Lübecker Straße 22  
34225 Baunatal  
Tel. 05601 9619-0, FAX 05601 9619-70  
E-Mail: [info@gajowski.de](mailto:info@gajowski.de)  
URL: [www.gajowski.de](http://www.gajowski.de)



Standorte:  
Baunatal  
Borken (Hessen)  
Göttingen  
Krauthausen





## Revisionslauf

02	11.09.17	Ka	Mey	Ge	Änderung gemäß Auftraggeber	
01	21.07.17	Gö	MGa	Ge	Ergänzung unter Anlage IV/2 "Formloser Antrag"	
00	26.06.17	He	Ge	MGa	Erstausgabe	
Rev	Datum	Erstellt	Geprüft	Freigegeben	Beschreibung der Änderung	Zustimmung AG



## Inhaltsverzeichnis

<b>I.</b>	<b>ERLÄUTERUNGSBERICHT .....</b>	<b>5</b>
1	Allgemeines .....	5
1.1	Veranlassung.....	5
1.2	Grundlegendes Vorgehen.....	5
1.3	Betrachtungsgrundlage.....	5
2	Örtliche Verhältnisse.....	6
2.1	Baugrund.....	6
2.2	Tangierte Infrastruktur und Versorgungsträger .....	6
3	Entwurfsgrundlage Schmutzwasser .....	7
3.1	Unterlagen .....	7
3.2	Rahmenbedingungen .....	7
3.3	Bemessungsgrundlage .....	7
3.4	Dimensionierung.....	8
4	Kosten .....	10
5	Zusammenfassung .....	11
<b>II.</b>	<b>KOSTENBERECHNUNG .....</b>	<b>12</b>
1	Allgemein.....	12
2	Kostenberechnung.....	12
2.1	SW-Kanal .....	13
<b>III.</b>	<b>MASSENBERECHNUNG.....</b>	<b>14</b>
1	SW-Kanal .....	14
<b>IV.</b>	<b>ANLAGEN.....</b>	<b>15</b>
IV/1	Freiflächenplan mit Entwässerung- Schmutzwasser .....	16



IV/2	Antrag auf Errichtung und Betrieb einer geschlossenen Abwassersammeleinrichtung gemäß § 5 der Abwassersatzung .....	17
IV/3	Satzung des Abwasserzweckverbandes Olbernhau vom 02.03.2011; 1. Änderung vom 14.11.2011; 2. Änderung vom 27.11.2012 .....	18
IV/4	Satzung des Abwasserzweckverbandes Olbernhau zur Entsorgung von Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben vom 02.03.2011; 1. Änderung vom 26.03.2011; 2. Änderung vom 29.09.2014 .....	19

## **Tabellenverzeichnis**

Tabelle 1: Schmutzwasserabfluss nach DIN 1986-100 .....	8
Tabelle 2: Dimensionierung der Schmutzwasserfreigefälleleitung .....	8



## **I. Erläuterungsbericht**

### **1 Allgemeines**

#### **1.1 Veranlassung**

Die GASCADE Gastransport GmbH, Kassel, beabsichtigt die Errichtung einer neuen Gasdruckregelmessstation (GDRM) an der tschechischen Grenze im Bereich der Ortslage Deutschneudorf.

Die GASCADE hat das Ingenieurbüro Gajowski mit den Ingenieurleistungen für die Planung der Wasserver- und Entsorgung auf der GDRM Deutschneudorf beauftragt.

Der Aufgabenbereich des IB Gajowski umfasst die Planung der wassertechnischen Ver- und Entsorgung der Gebäude (ab 1,00 m außerhalb der Gebäude) sowie der Entsorgung der anfallenden Wässer der Verkehrsinfrastruktur.

##### **1.1.1 Antrag auf Errichtung und Betrieb einer geschlossenen Abwassersammeleinrichtung**

Der Antrag auf Errichtung und den Betrieb einer geschlossenen Grube muss beim Abwasserzweckverband Olbernhau gemäß dessen Abwassersatzung vom 02.03.2011 mit

1. Änderung vom 14.11.2011 und
2. Änderung vom 02.11.2012

gestellt werden.

Dieser Befreiungsantrag muss gemäß § 5 der o. g. Satzung erfolgen.

#### **1.2 Grundlegendes Vorgehen**

##### Schmutzwasser

Das anfallende Schmutzwasser des Versorgungsgebäudes soll in einem Schmutzwasserkanal gesammelt und mittels Freigefälle zu einer geschlossenen Abwassergrube geleitet werden.

Dieses Vorgehen ist sinnvoll, da einerseits die Station nicht ständig besetzt ist und somit nur ein sehr geringer Schmutzwasseranfall vorhanden ist und andererseits die öffentliche Kanalisation in Deutschneudorf rd. 750 m entfernt ist (1. möglicher Anschlusspunkt).

#### **1.3 Betrachtungsgrundlage**

Die wesentlichen notwendigen Angaben zur Ausführung der Ingenieurleistungen durch das IB Gajowski sind, neben den einschlägigen Normen und Regelwerken sowie dem aktuellen Stand der Technik, dem Stationsplan Plan-Nr.: 95HZA-GASC-WPA-0001-01-2-00 entnommen worden.



## 2 Örtliche Verhältnisse

Die Gemeinde Deutschneudorf gehört zum Erzgebirgskreis und liegt im Bundesland Sachsen. Das Baufeld befindet sich auf einer Wiese mit vorhandenem Waldsaum im Osten. Nach Information der GASCADE kann das Baufeld als *frei von Altlasten* betrachtet werden. Bauvorbereitende Maßnahmen wie zum Beispiel Rodungs- und Freimachungsarbeiten werden von der GASCADE durchgeführt.

### 2.1 Baugrund

Das Baufeld liegt im Erzgebirge, in dem, gemäß geologischem Schnitt mit Baugrundaufschlüssen der Firma Baugrund Institut Kassel vom Mai 2017 (siehe Anlage), oberflächennah überwiegend ca. 20 - 30 cm Oberboden vorhanden ist.

Darunter befindet sich eine Schicht aus Hanglehm, Hangschutt und Kies (feinsandig, schluffig) von ca. 30 - 80 cm.

Unterhalb dieser Deckschichten steht bereits der verwitterte Felshorizont in einer Mächtigkeit von rd. 50 - 190 cm an. Darunter liegt der Felshorizont Gneis.

### 2.2 Tangierte Infrastruktur und Versorgungsträger

#### 2.2.1 Straßen und Wege

Neben dem Baufeld befindet sich die Bergstraße. Südlich des geplanten GDRM - Grundstücks (ca. 50 m) zweigt der Eberhardweg in Richtung Nordosten ab.

Rund 10 m hinter der Kreuzung ist die Zufahrt zur Station vom Eberhardweg aus geplant. Die Zufahrt wird asphaltiert.

#### 2.2.2 Kanalisation

Im Bereich der geplanten GDRM - Station ist keine Kanalisation (weder Schmutz- noch Regenwasser) vorhanden.

#### 2.2.3 Trinkwasser / Frischwasser

Eine Frischwasserleitung der ETW Annaberg-Buchholz folgt im westlichen Bereich des Baufelds der Bergstraße (DA 50 PE).

Laut Aussage der ETW Annaberg-Buchholz ist der Wasserdruck mit ca. 1,0 bar im möglichen Anschlussbereich sehr gering.

#### 2.2.4 Strom, Gas, Fernmeldekabel

Es liegen z. Zt. keine Unterlagen vor.



### 3 Entwurfsgrundlage Schmutzwasser

#### 3.1 Unterlagen

Als Planungsgrundlage wurde zusätzlich der seitens GASCADE übermittelte Stations- und Gebäudedgrundrissplan verwendet (siehe auch Abschnitt 1.2 folgende).

#### 3.2 Rahmenbedingungen

Die Schmutzwasserentwässerung wird bis zur geschlossenen Grube als Freigefälleentwässerung geplant.

Ein Anschluss an den öffentlichen Kanal im Bereich der Gemeinde Deutschneudorf würde einen ca. 750 m langen Hausanschlusskanal bedeuten.

Bei der lediglich geplanten temporären Gebäudenutzung wäre jede Art von Entwässerung Freigefälle / Druckentwässerung technisch nicht sinnvoll zu betreiben.

Auf Grundlage der Gebäudeausrüstung, wurde eine Aufstellung der zu erwartenden Abflüsse der Entwässerungsgegenstände, gemäß DIN 1986-100 erstellt.

Auf Grund der vorgesehenen Nutzung der GDRM-Station wurde die Nutzung der Entwässerungsgegenstände mit den statistischen Daten, welche für die Nutzung von Büros und Pensionen ermittelt wurden, gleichgesetzt.

Im Hinblick auf diese Umstände ergibt sich für die weitere Ingenieurleistung eine Abflusskennzahl von  $K = 0,5$ .

#### 3.3 Bemessungsgrundlage

Der zu erwartende Schmutzwasserabfluss wird nach der unten stehenden Formel, gemäß der DIN EN 12056-2 [2] berechnet:

$$Q_{ww} = K * \sqrt{\sum D\bar{U}}$$

Die vorläufige Auslegung ist nachfolgend in Tabellenform dargestellt, bzw. in den Plänen vermaßt.

Nach finaler Abstimmung mit dem Fachplaner für technische Gebäudeausrüstung werden während der Ausführungsplanung eine hydraulische Simulation und eine eventuelle geringfügige Anpassung der Dimensionierung durchgeführt.

Den jeweiligen Entwässerungsgegenständen liegen die nachfolgenden Anschlusswerte zu Grunde

Waschbecken	0,5l/s
WC	2,0l/s
Dusche	0,6l/s
Küche	0,8l/s



Tabelle 1: Schmutzwasserabfluss nach DIN 1986-100

Gebäude	Dusche	Waschbecken	WC	AP	Küche	Q <sub>ww</sub> [l/s]
Versorgungs- gebäude	2	2	2	0,5	1	3,78
<b>Ergebnis nach DIN</b>	<b>2</b>	<b>2</b>	<b>2</b>	<b>0,5</b>	<b>1</b>	<b>3,78</b>

[bauzeitlich bemessungsrelevant]

So ergibt sich der folgende planerische Gesamtschmutzwasserabfluss von 3,78 l/s:

### 3.4 Dimensionierung

#### 3.4.1 Rohrleitungen

Auf Basis der Tabelle in 3.3 berechneten Schmutzwasserabflüsse, des Gebäudes auf Grundlage der Anschlusswerte, erfolgte die Dimensionierung der Hausanschlüsse gemäß DIN 1986-100 [1] / EN 12056-2 [2].

Um einen sicheren Betrieb als auch geringe Wartungskosten sowie eine lange Nutzungsdauer zu gewährleisten wurde eine Dimensionierung auf Grundlage eines Füllgrades von  $h/d_i = 0,7$  gewählt.

Tabelle 2: Dimensionierung der Schmutzwasserfreigefälleleitung

Gebäude	Q <sub>ww</sub> [l/s]	gew. DN	Q <sub>zul</sub> [l/s]	v [m/s]	J [%]
Betriebsgebäude	3,78	150	12,10	0,68	0,50

Wie im Stationsplan dargestellt wird das Schmutzwasser im südwestlichen Teil des Baufeldes in einer geschlossenen Grube zusammengeführt.

#### 3.4.2 Dimensionierung und Auslegung geschlossene Grube

Gemäß der Satzung des Abwasserzweckverbandes Olbernhau zur Entsorgung von Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben vom 02.03.2011 mit 1. Änderung vom 26.03.2014 und 2. Änderung vom 29.09.2014 soll gemäß § 4 der o. g. Satzung die Abfuhr möglichst 1 x jährlich erfolgen.

Dementsprechend ist das Volumen der abflusslosen Grube zu dimensionieren. Ausgehend von dem zu erwartenden Trinkwasserverbrauch von 25 l/d und einer durchschnittlichen Nutzung von 200 d/a ist eine Sammelgrube von 5000 l bzw. 5 m<sup>3</sup> ausreichend dimensioniert.

Dies entspricht auch ca. 50 % des Volumens, das üblicherweise auf Entsorgungsfahrzeugen vorgehalten wird.



### 3.4.3 Ausführungsgrundsätze

Sämtliche erdverlegten Leitungen werden aus Polyethylen (PE 100) vollverschweißt hergestellt. Der Schacht und die Sammelgrube werden ebenfalls aus PE hergestellt und mit der Leitung vollverschweißt (E-Muffen-Schweißung). Damit wird eine dauerhaft dichte Schmutzwasserkanalisation erreicht. Die Schächte werden im Durchmesser DN 1000 begehbar ausgeführt.

Die Sammelgrube erhält einen Entleerungsstutzen, Typ Perrot-Kupplung, und eine entsprechende Be- und Entlüftung.

Der Tankfüllstand wird mittels Sensorik gemessen und vor maximalem Stand über ein optisches und akustisches Signal angezeigt. Die Steuereinheit wird im Versorgungsgebäude untergebracht.

Vergleichbare Anlagen fertigt z. B. die Firma Graf Abwassertechnik aus Teningen.

Der Antrag auf Errichtung und Betrieb einer geschlossenen Grube muss bei dem Abwasserzweckverband Olbernhau gemäß § 5 gestellt werden.



#### 4 Kosten

Die Kosten für das Schmutzwassersystem betragen gemäß Punkt II. Kostenberechnung:

Summe, netto:	28.153,50 €
zzgl. 5% Unvorhergesehenes:	<u>1.407,68 €</u>
vorl. Baukosten, netto:	29.561,18 €
zzgl. 18% für Honorare und Nebenkosten:	<u>5.321,01 €</u>
Gesamtkosten, netto:	34.882,19 €
zzgl. 19% MwSt.:	<u>6.627,62 €</u>
<b>Gesamtbaukosten, brutto:</b>	<b>41.509,80 €</b>
<b>rd.:</b>	<b><u>42.000,00 €</u></b>



## 5 Zusammenfassung

Das auf dem Gelände der GASCADE anfallende Schmutzwasser wird durch ein in PE-HD ausgeführtes Kanalsystem in eine geschlossene Grube mit rd. 5 m<sup>3</sup> Netzvolumen geleitet. Der Inhalt der Grube wird satzungsgemäß 1 x jährlich vom Abwasserzweckverband Olbernhau abgefahren.



## **II. Kostenberechnung**

### **1 Allgemein**

Die Kostenberechnung basiert auf den aktuellen Kosten vergleichbarer Bauprojekte.

### **2 Kostenberechnung**

Die Massen wurden aus den Planunterlagen ermittelt. Der Massenansatz ist entsprechend in die Kostenberechnung eingeflossen.



## 2.1 SW-Kanal

Pos.	Bezeichnung	Menge	Einheit	EP	GP
<b>1</b>	<b>BE etc.</b>				<b>5.000,00 €</b>
1.1	BE	1,00	psch.	2.500,00 €	2.500,00 €
1.2	BR	1,00	psch.	1.500,00 €	1.500,00 €
1.3	Baustellensicherung ant.	1,00	psch.	500,00 €	500,00 €
1.4	Baubüro ant.	1,00	psch.	500,00 €	500,00 €
<b>2</b>	<b>Rohrgraben</b>				<b>1.408,50 €</b>
2.1	Rohrgraben	15,00	m³	35,00 €	525,00 €
2.2	Rohrplanum	12,00	m²	18,00 €	216,00 €
2.3	Untere Bettung	2,50	m³	65,00 €	162,50 €
2.4	Obere Bettung	5,00	m³	40,00 €	200,00 €
2.5	Vlies	50,00	m²	2,50 €	125,00 €
2.6	Verfüllmaterial	10,00	m³	18,00 €	180,00 €
<b>3</b>	<b>Rohrbau + Schächte</b>				<b>21.745,00 €</b>
3.1	Rohre DA 160	14,00	m	35,00 €	490,00 €
3.2	E-Muffen DA 160	3,00	Stck.	85,00 €	255,00 €
3.3	Schächte bis 1,25m	1,00	Stck.	2.500,00 €	2.500,00 €
3.4	geschlossene Grube ~ 5 m³	1,00	Stck.	15.000,00 €	15.000,00 €
3.5	Entlüftung	1,00	psch.	3.500,00 €	3.500,00 €
Summe, netto:					28.153,50 €
zzgl. 5% Unvorhergesehenes:					1.407,68 €
vorl. Baukosten, netto:					29.561,18 €
zzgl. 18% für Honorare und Nebenkosten:					5.321,01 €
Gesamtkosten, netto:					34.882,19 €
zzgl. 19% MwSt.:					6.627,62 €
<b>Gesamtbaukosten, brutto:</b>					<b>41.509,80 €</b>
rd.:					<b>42.000,00 €</b>





#### IV. Anlagen

- IV/1 Freiflächenplan mit Entwässerung- Schmutzwasser  
Blatt-Nr. 95HZA-GAJO/WPS0010.01-2.01, Mst. 1 : 300
- IV/2 Antrag auf Errichtung und Betrieb einer geschlossenen Grube gemäß § 5 der Abwasser-  
satzung des Abwasserzweckverbandes Olbernhau
- IV/3 Satzung des Abwasserzweckverbandes Olbernhau vom 02.03.2011; 1. Änderung vom  
14.11.2011; 2. Änderung vom 27.11.2012
- IV/4 Satzung des Abwasserzweckverbandes Olbernhau zur Entsorgung von Kleinkläranlagen  
und abflusslosen Gruben vom 02.03.2011; 1. Änderung vom 26.03.2011; 2. Änderung  
vom 29.09.2014



#### **IV/1 Freiflächenplan mit Entwässerung- Schmutzwasser**

Blatt-Nr. 95HZA-GAJOWPS0010.01-2.01, Mst. 1 : 300

= 375,00

= 350,00

= 325,00

= 300,00

= 275,00

= 250,00

= 225,00

= 200,00

= 175,00

= 150,00

= 125,00

= 100,00

= 75,00

= 50,00

= 25,00

= 0,00

Durchstich DN 300

D

A

B

F

Kreisstraße K 8109

W- DN63

592/2

Hochbehälter

Rastplatz

G- DN600

KKS-Kabel

KKS-Kabel

G- DN600

X = 25,00

X = 50,00

X = 75,00

X = 100,00

X = 125,00

X = 150,00

X = 175,00

X = 200,00

X = 225,00

X = 250,00

X = 275,00

X = 300,00

X = 325,00

X = 350,00

X = 375,00

X = 400,00

X = 425,00

X = 450,00

X = 475,00

X = 500,00

X = 525,00

X = 550,00

X = 575,00

X = 600,00

X = 625,00

X = 650,00

X = 675,00

X = 700,00

X = 725,00

X = 750,00

X = 775,00

X = 800,00

X = 825,00

X = 850,00

X = 875,00

X = 900,00

X = 925,00

X = 950,00

X = 975,00

X = 1000,00

X = 1025,00

X = 1050,00

X = 1075,00

X = 1100,00

X = 1125,00

X = 1150,00

X = 1175,00

X = 1200,00

X = 1225,00

X = 1250,00

X = 1275,00

X = 1300,00

X = 1325,00

X = 1350,00

X = 1375,00

X = 1400,00

X = 1425,00

X = 1450,00

X = 1475,00

X = 1500,00

X = 1525,00

X = 1550,00

X = 1575,00

X = 1600,00

X = 1625,00

X = 1650,00

X = 1675,00

X = 1700,00

X = 1725,00

X = 1750,00

X = 1775,00

X = 1800,00

X = 1825,00

X = 1850,00

X = 1875,00

X = 1900,00

X = 1925,00

X = 1950,00

X = 1975,00

X = 2000,00

X = 2025,00

X = 2050,00

X = 2075,00

X = 2100,00

X = 2125,00

X = 2150,00

X = 2175,00

X = 2200,00

X = 2225,00

X = 2250,00

X = 2275,00

X = 2300,00

X = 2325,00

X = 2350,00

X = 2375,00

X = 2400,00

X = 2425,00

X = 2450,00

X = 2475,00

X = 2500,00

X = 2525,00

X = 2550,00

X = 2575,00

X = 2600,00

X = 2625,00

X = 2650,00

X = 2675,00

X = 2700,00

X = 2725,00

X = 2750,00

X = 2775,00

X = 2800,00

X = 2825,00

X = 2850,00

X = 2875,00

X = 2900,00

X = 2925,00

X = 2950,00

X = 2975,00

X = 3000,00

X = 3025,00

X = 3050,00

X = 3075,00

X = 3100,00

X = 3125,00

X = 3150,00

X = 3175,00

X = 3200,00

X = 3225,00

X = 3250,00

X = 3275,00

X = 3300,00

X = 3325,00

X = 3350,00

X = 3375,00

X = 3400,00

X = 3425,00

X = 3450,00

X = 3475,00

X = 3500,00

X = 3525,00

X = 3550,00

X = 3575,00

X = 3600,00

X = 3625,00

X = 3650,00

X = 3675,00

X = 3700,00

X = 3725,00

X = 3750,00

X = 3775,00

X = 3800,00

X = 3825,00

X = 3850,00

X = 3875,00

X = 3900,00

X = 3925,00

X = 3950,00

X = 3975,00

X = 4000,00

X = 4025,00

X = 4050,00

X = 4075,00

X = 4100,00

X = 4125,00

X = 4150,00

X = 4175,00

X = 4200,00

X = 4225,00

X = 4250,00

X = 4275,00

X = 4300,00

X = 4325,00

X = 4350,00

X = 4375,00

X = 4400,00

X = 4425,00

X = 4450,00

X = 4475,00

X = 4500,00

X = 4525,00

X = 4550,00

X = 4575,00

X = 4600,00

X = 4625,00

X = 4650,00

X = 4675,00

X = 4700,00

X = 4725,00

X = 4750,00

X = 4775,00

X = 4800,00

X = 4825,00

X = 4850,00

X = 4875,00

X = 4900,00

X = 4925,00

X = 4950,00

X = 4975,00

X = 5000,00

X = 5025,00

X = 5050,00

X = 5075,00

X = 5100,00

X = 5125,00

X = 5150,00

X = 5175,00

X = 5200,00

X = 5225,00

X = 5250,00

X = 5275,00

X = 5300,00

X = 5325,00

X = 5350,00

X = 5375,00

X = 5400,00

X = 5425,00

X = 5450,00

X = 5475,00

X = 5500,00

X = 5525,00

X = 5550,00

X = 5575,00

X = 5600,00

X = 5625,00

X = 5650,00

X = 5675,00

X = 5700,00

X = 5725,00

X = 5750,00

X = 5775,00

X = 5800,00

X = 5825,00

X = 5850,00

X = 5875,00

X = 5900,00

X = 5925,00

X = 5950,00

X = 5975,00

X = 6000,00

X = 6025,00

X = 6050,00

X = 6075,00

X = 6100,00

X = 6125,00

X = 6150,00

X = 6175,00

X = 6200,00

X = 6225,00

X = 6250,00

X = 6275,00

X = 6300,00

X = 6325,00

X = 6350,00

X = 6375,00

X = 6400,00

X = 6425,00

X = 6450,00

X = 6475,00

X = 6500,00

X = 6525,00

X = 6550,00

X = 6575,00

X = 6600,00

X = 6625,00

X = 6650,00

X = 6675,00

X = 6700,00

X = 6725,00



**IV/2 Antrag auf Errichtung und Betrieb einer geschlossenen Abwassersammeleinrichtung  
gemäß § 5 der Abwassersatzung**

Abwassersatzung des Abwasserzweckverbandes Olbernhau vom 02. März 2011

## Antrag auf Errichtung und Betrieb einer geschlossenen Abwassersammeleinrichtung

Abwasserzweckverband Olbernhau

Am Alten Gaswerk 1

09526 Olbernhau

Antragsteller: Gascade Gastransport GmbH

Straße: Kölnische Straße 108 - 112

PLZ/ Ort: 34119 Kassel

Telefon: 0049 561 9340

Hiermit wird die Erlaubnis auf Einleitung des auf dem Grundstück

Straße : GDRM Deutschneudorf

Bergstraße

PLZ/ Ort: 09548 Deutschneudorf

anfallenden Schmutzwassers in eine geschlossene Sammelgrube, Volumen rd. 5 m<sup>3</sup> beantragt.

Die relevanten technischen Angaben haben wir in der oben genannten Genehmigungsplanung dargestellt. Für eventuelle Rückfragen sowie technische Auskünfte stehen wir Ihnen gerne unter den folgenden angegebenen Kontaktdaten zur Verfügung.

Dipl.-Ing. Gajowski GmbH

Lübecker Straße 22

34225 Baunatal

Tel.: 0049 5601 9619-0

Kassel, 14.05.2017

Ort, Datum



\_\_\_\_\_  
Unterschrift des Antragstellers (Bauherr)

## **Satzung des Abwasserzweckverbandes Olbernhau über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung) vom 02. März 2011**

Aufgrund von § 63 Abs. 2 Sächsisches Wassergesetz (SächsWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Oktober 2004 (SächsGVBl. S. 482), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. September 2010 (SächsGVBl. S. 270), § 47 Abs. 2 in Verbindung mit § 5 Abs. 4 und § 6 Abs. 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) vom 19. August 1993 (SächsGVBl. S. 815, ber. S. 1103), zuletzt geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 15. Dezember 2010 (SächsGVBl. S. 387) und der §§ 4, 14 und 124 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2003 (SächsGVBl. S. 55, 159), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 26. Juni 2009 (SächsGVBl. S. 323) in Verbindung mit den §§ 2, 9, 17, 33 und 37 des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes (SächsKAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. August 2004 (SächsGVBl. S. 418, 2005 S. 306), zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 14 des Gesetzes vom 19. Mai 2010 (SächsGVBl. S. 142) hat die Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes Olbernhau am 02. März 2011 mit Beschluss VV 06/2011 folgende Abwassersatzung beschlossen:

### **Erster Teil Allgemeines**

#### **§ 1 Öffentliche Einrichtung**

- (1) Der Zweckverband betreibt die Beseitigung des in seinem Gebiet anfallenden Abwassers als eine öffentliche Einrichtung.
- (2) Als angefallen gilt Abwasser, das über eine Grundstücksentwässerungsanlage in die öffentliche Abwasseranlage gelangt. Die Entsorgung von Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben ist in einer gesonderten Satzung (Satzung des Abwasserzweckverbandes Olbernhau zur Entsorgung von Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben – Entsorgungssatzung) geregelt.
- (3) Für abflusslose Gruben zur Sammlung aller häuslichen Abwässer, welche durch die zuständige Wasserbehörde genehmigt wurden, finden die Bestimmungen der Satzung des Abwasserzweckverbandes Olbernhau zur Entsorgung von Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben (Entsorgungssatzung) mit Ausnahme der §§ 7 bis 10 Anwendung.
- (4) Ein Rechtsanspruch auf Herstellung, Erweiterung oder Änderung der öffentlichen Abwasseranlagen besteht nicht.

#### **§ 2 Begriffsbestimmungen**

- (1) Abwasser ist Wasser, das durch häuslichen, gewerblichen, landwirtschaftlichen oder sonstigen Gebrauch verunreinigt oder sonst in seinen Eigenschaften verändert ist oder von Niederschlägen aus dem Bereich bebauter oder befestigter Grundstücke abfließt.
- (2) Öffentliche Abwasseranlagen haben den Zweck, das im Verbandsgebiet angefallene Abwasser zu sammeln, den Abwasserbehandlungsanlagen zuzuleiten und zu reinigen. Öffentliche Abwasseranlagen sind insbesondere die öffentlichen Kanäle, Regenrückhaltebecken, Regenüberlauf- und Regenklärbecken, Abwasserpumpwerke und Klärwerke sowie offene und geschlossene Gräben, soweit sie der öffentlichen Abwasserbeseitigung

dienen und keine Gewässer im Sinne vom § 24 des Sächsischen Wassergesetzes (SächsWG) sind. Zu den öffentlichen Abwasseranlagen gehören auch die Grundstücksanschlüsse. Grundstücksanschlüsse enden in der Regel auf dem Grundstück in unmittelbarer Nähe der Grundstücksgrenze mit dem Kontroll- und Übergabeschacht.

- (3) Grundstücksentwässerungsanlagen sind Einrichtungen, die der Sammlung, Vorbehandlung, Prüfung und Ableitung des Abwassers bis zur öffentlichen Abwasseranlage dienen. Dazu gehören insbesondere Leitungen, die im Erdreich oder Fundamentbereich verlegt sind und das Abwasser dem Grundstücksanschluss zuführen sowie Prüfschächte und, solange keine Anschlussmöglichkeit an eine öffentliche Abwasseranlage besteht, auch abflusslose Gruben und Kleinkläranlagen.

## **Zweiter Teil Anschluss und Benutzung**

### **§ 3 Berechtigung und Verpflichtung zum Anschluss und zur Benutzung**

- (1) Die Eigentümer von Grundstücken, auf denen Abwasser anfällt, sind nach näherer Bestimmung dieser Satzung berechtigt und verpflichtet, ihre Grundstücke an die öffentlichen Abwasseranlagen anzuschließen, diese zu benutzen und das gesamte auf den Grundstücken anfallende Abwasser dem Zweckverband im Rahmen des § 63 Abs. 5 SächsWG zu überlassen. Der Erbbauberechtigte oder sonst dinglich zur baulichen Nutzung des Grundstückes Berechtigte tritt an die Stelle des Eigentümers.
- (2) Die Benutzungs- und Überlassungspflicht nach Absatz 1 trifft auch die sonst zur Nutzung eines Grundstücks oder einer Wohnung berechtigten Personen.
- (3) Bebaute Grundstücke sind anzuschließen, sobald die für sie bestimmten öffentlichen Abwasseranlagen betriebsfertig hergestellt sind. Wird die öffentliche Abwasseranlage erst nach Errichtung einer baulichen Anlage hergestellt, so ist das Grundstück innerhalb von sechs Monaten nach der betriebsfertigen Herstellung anzuschließen.
- (4) Unbebaute Grundstücke sind anzuschließen, wenn der Anschluss im Interesse der öffentlichen Gesundheitspflege, des Verkehrs oder aus anderen Gründen des öffentlichen Wohls geboten ist.
- (5) Abwasser, das auf Grundstücken anfällt, die nicht an die öffentlichen Abwasseranlagen angeschlossen sind, hat der nach Absatz 1 und 2 Verpflichtete dem Zweckverband oder dem von ihm beauftragten Unternehmen zu überlassen (Benutzungszwang). Dies gilt nicht für Niederschlagswasser, soweit dieses auf andere Weise ordnungsgemäß beseitigt wird.
- (6) Bei Grundstücken, die nach dem Ausbauprogramm des Zweckverbandes nicht oder noch nicht an eine öffentliche Abwasseranlage angeschlossen werden können, kann der Grundstückseigentümer den Anschluss seines Grundstückes verlangen, wenn er den für den Bau der öffentlichen Abwasseranlage entstehenden Aufwand übernimmt und auf Verlangen angemessene Sicherheit leistet. Einzelheiten, insbesondere die Frage, wer den Unterhaltungs- und Erneuerungsaufwand trägt, werden durch Vereinbarungen geregelt.

#### **§ 4** **Anschlussstelle, vorläufiger Anschluss**

- (1) Wenn der Anschluss eines Grundstückes an die nächste öffentliche Abwasseranlage technisch unzweckmäßig oder die Ableitung des Abwassers über diesen Anschluss für die öffentliche Abwasseranlage nachteilig wäre, kann der Zweckverband verlangen oder gestatten, dass das Grundstück an eine andere öffentliche Abwasseranlage angeschlossen wird.
- (2) Ist die für ein Grundstück bestimmte öffentliche Abwasseranlage noch nicht erstellt, kann der Zweckverband den vorläufigen Anschluss an eine andere öffentliche Abwasseranlage gestatten oder verlangen.

#### **§ 5** **Befreiungen**

- (1) Von der Verpflichtung zum Anschluss an die öffentliche Abwasserbeseitigung und von der Verpflichtung zur Benutzung deren Einrichtungen ist der nach § 3 Abs. 1, 2 und 5 Verpflichtete auf Antrag insoweit und solange zu befreien, als ihm der Anschluss oder die Benutzung wegen seines, die öffentlichen Belange überwiegenden, privaten Interesses an der eigenen Beseitigung des Abwassers nicht zugemutet werden kann und die Befreiung wasserwirtschaftlich unbedenklich ist.
- (2) Über die Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang entscheidet der Verband.

#### **§ 6** **Allgemeine Ausschlüsse**

- (1) Von der öffentlichen Abwasserbeseitigung sind sämtliche Stoffe ausgeschlossen, die die Reinigungswirkung der Klärwerke, den Betrieb der Schlammbehandlungsanlagen, die Schlammabeseitigung oder die Schlammverwertung beeinträchtigen, die öffentlichen Abwasseranlagen angreifen, ihre Funktionsfähigkeit oder Unterhaltung behindern, erschweren oder gefährden können oder den in öffentlichen Abwasseranlagen arbeitenden Personen oder dem Vorfluter schaden können. Dies gilt auch für Flüssigkeiten, Gase und Dämpfe.
- (2) Insbesondere sind ausgeschlossen:
  1. Stoffe – auch in zerkleinertem Zustand –, die zu Ablagerungen oder Verstopfungen in den öffentlichen Abwasseranlagen führen können (zum Beispiel Kehricht, Schutt, Mist, Sand, Küchenabfälle, Asche, Zellstoffe, Textilien, Schlachtabfälle, Tierkörper, Panseninhalt, Schlempe, Trub, Trester und hefehaltige Rückstände, Schlamm, Haut- und Lederabfälle);
  2. feuergefährliche, explosible, giftige, fett- oder ölhaltige Stoffe (zum Beispiel Benzin, Karbid, Phenole, Öle und dergleichen), Säuren, Laugen, Salze, Reste von Pflanzenschutzmitteln oder vergleichbaren Chemikalien, Blut, mit Krankheitskeimen behaftete Stoffe und radioaktive Stoffe;
  3. Jauche, Gülle, Abgänge aus Tierhaltungen, Silosickersaft und Molke;
  4. faulendes und sonst übelriechendes Abwasser (zum Beispiel Überläufe aus Abortgruben, milchsaure Konzentrate, Krautwasser);
  5. Abwasser, das schädliche oder belastigende Gase und Dämpfe verbreiten kann;
  6. farbstoffhaltiges Abwasser, dessen Entfärbung im Klärwerk nicht gewährleistet ist;
  7. Abwasser, das einem wasserrechtlichen Bescheid nicht entspricht;

8. Abwasser, dessen chemische und physikalische Eigenschaften über den allgemeinen Richtwerten für die wichtigsten Beschaffenheitskriterien der Anlage 1 des Arbeitsblattes A 115 der abwassertechnischen Vereinigung (ATV) in der jeweils gültigen Fassung liegen.
- (3) Der Zweckverband kann im Einzelfall über die nach Absatz 2 einzuhaltenden Grenzwerte hinausgehende Anforderungen stellen, wenn dies für den Betrieb der öffentlichen Abwasseranlagen erforderlich ist.
- (4) Der Zweckverband kann im Einzelfall Ausnahmen von den Bestimmungen der Absätze 1 bis 3 zulassen, wenn öffentliche Belange nicht entgegenstehen, die Versagung der Ausnahme im Einzelfall eine unbillige Härte bedeuten würde und der Antragsteller eventuell entstehende Mehrkosten übernimmt.
- (5) § 63 Abs. 6 SächsWG bleibt unberührt.

## **§ 7 Einleitungsbeschränkungen**

- (1) Der Zweckverband kann im Einzelfall die Einleitung von Abwasser von einer Vorbehandlung oder Speicherung abhängig machen, wenn seine Beschaffenheit oder Menge dies insbesondere im Hinblick auf den Betrieb der öffentlichen Abwasseranlagen oder auf sonstige öffentliche Belange erfordert.
- (2) Solange die öffentlichen Abwasseranlagen nicht bedarfsgerecht ausgebaut sind, kann der Zweckverband mit Zustimmung der Höheren Wasserbehörde Abwasser, das wegen seiner Art oder Menge in den vorhandenen Abwasseranlagen nicht abgeleitet oder behandelt werden kann, von der Einleitung befristet ausschließen (§ 138 Abs. 2 SächsWG).
- (3) Fäkalienhaltiges Abwasser darf in öffentlichen Abwasseranlagen, die nicht an ein öffentliches Klärwerk angeschlossen sind, nur nach ausreichender Vorbehandlung eingeleitet werden.
- (4) Die Einleitung von Abwasser, das der Beseitigungspflicht nicht unterliegt, und von sonstigem Wasser bedarf der schriftlichen Genehmigung des Zweckverbandes.

## **§ 8 Eigenkontrolle**

- (1) Der Zweckverband kann in begründeten Fällen verlangen, dass auf Kosten des Grundstückseigentümers oder des Besitzers Vorrichtungen zur Messung und Registrierung der Abflüsse und der Beschaffenheit der Abwässer zur Bestimmung der Schadstofffracht in die Grundstücksentwässerungsanlage eingebaut oder an sonst geeigneter Stelle auf dem Grundstück angebracht, betrieben und in ordnungsgemäßen Zustand gehalten werden.
- (2) Der Zweckverband kann auch verlangen, dass eine Person bestimmt wird, die für die Bedienung der Anlage und für die Führung des Betriebstagebuches verantwortlich ist. Das Betriebstagebuch ist mindestens drei Jahre lang, vom Datum der letzten Eintragung oder des letzten Beleges an gerechnet, aufzubewahren und dem Zweckverband auf Verlangen vorzulegen.

## **§ 9 Abwasseruntersuchungen**

- (1) Der Zweckverband kann bei Bedarf Abwasseruntersuchungen vornehmen. Er bestimmt, in welchen Abständen die Proben zu entnehmen sind, durch wen die Proben zu entnehmen sind und wer sie untersucht. Für das Zutrittsrecht gilt § 19 Abs. 2 entsprechend.
- (2) Wenn bei einer Untersuchung des Abwassers Mängel festgestellt werden, hat der Grundstückseigentümer oder der Besitzer diese unverzüglich zu beseitigen.

## **§ 10 Grundstücksbenutzung**

Die Grundstückseigentümer sind im Rahmen der Vorschrift des § 109 SächsWG verpflichtet, für Zwecke der öffentlichen Abwasserbeseitigung das Verlegen von Kanälen und Leitungen, einschließlich Zubehör zur Ab- und Fortleitung von Abwasser, über ihre Grundstücke zu dulden. Die Grundstückseigentümer haben insbesondere den Anschluss anderer Grundstücke an die Anschlussleitung zu ihren Grundstücken zu dulden. Mögliche Entschädigungen regelt das Sächsische Wassergesetz (SächsWG) in Verbindung mit dem Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz – WHG).

## **Dritter Teil Grundstücksanschlüsse und Grundstücksentwässerungsanlagen**

### **§ 11 Grundstücksanschlüsse**

- (1) Grundstücksanschlüsse (§ 2 Abs. 2 Satz 3 und 4) werden vom Zweckverband hergestellt, unterhalten, erneuert, geändert, abgetrennt und beseitigt.
- (2) Art, Zahl und Lage der Grundstücksanschlüsse sowie deren Änderung werden nach Anhörung des Grundstückseigentümers und unter Wahrung seiner berechtigten Interessen vom Zweckverband bestimmt.
- (3) Der Zweckverband stellt die für den erstmaligen Anschluss eines Grundstücks notwendigen Grundstücksanschlüsse bereit. Jedes Grundstück erhält einen Grundstücksanschluss. Der Zweckverband kann auf Antrag mehr als einen Grundstücksanschluss herstellen, soweit er es für technisch notwendig hält.
- (4) In besonders begründeten Fällen (zum Beispiel bei Sammelgaragen, Reihenhäusern) kann der Zweckverband den Anschluss mehrerer Grundstücke über einen gemeinsamen Grundstücksanschluss vorschreiben oder auf Antrag zulassen.
- (5) Die Kosten der für den erstmaligen Anschluss eines Grundstücks notwendigen Grundstücksanschlüsse (Absatz 3 und 4) werden durch den nach der Beitragssatzung festzusetzenden Abwasserbeitrages abgegolten.
- (6) Werden Gebiete im Trennverfahren entwässert, gelten die Schmutzwasser- und Regenwasseranschlüsse als ein Grundstücksanschluss.

## **§ 12**

### **Sonstige Anschlüsse, Aufwandsersatz**

- (1) Der Zweckverband kann auf Antrag des Grundstückseigentümers weitere Grundstücksanschlüsse sowie vorläufige oder vorübergehende Anschlüsse herstellen. Als weitere Grundstücksanschlüsse gelten auch weitere Anschlüsse für Grundstücke, die nach Entstehen der Beitragspflicht neu gebildet werden.
- (2) Den Aufwand für die Herstellung, Unterhaltung, Erneuerung, Veränderung und Beseitigung der in Absatz 1 genannten Anschlüsse trägt der Grundstückseigentümer im Zeitpunkt des Absatzes 3.
- (3) Der Anspruch auf Ersatz des Aufwandes entsteht mit der Herstellung des Grundstücksanschlusses, im Übrigen mit der Beendigung der Maßnahme.
- (4) Der Aufwandsersatz wird zwei Wochen nach Zugang der Aufwandsrechnung fällig.

## **§ 13**

### **Genehmigungen**

- (1) Der schriftlichen Genehmigung des Zweckverbandes bedürfen:
  - a) die Herstellung der Grundstücksentwässerungsanlagen, deren Anschluss sowie deren Änderung;
  - b) die Benutzung der öffentlichen Abwasseranlagen sowie die Änderung der Benutzung.Bei vorübergehenden oder vorläufigen Anschlüssen wird die Genehmigung widerrufenlich oder befristet ausgesprochen.
- (2) Einem unmittelbaren Anschluss steht der mittelbare Anschluss (zum Beispiel über bestehende Grundstücksentwässerungsanlagen) gleich.
- (3) Für die den Anträgen beizufügenden Unterlagen gelten die Vorschriften der Bauvorschriftenverordnung in der jeweils geltenden Fassung sinngemäß. Die zur Anfertigung der Pläne erforderlichen Angaben (Höhenlage des Kanals, Lage der Anschlussstelle und Höhenfestpunkte) sind beim Zweckverband einzuholen.

## **§ 14**

### **Regeln der Technik für Grundstücksentwässerungsanlagen**

Grundstücksentwässerungsanlagen sind nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik herzustellen und zu betreiben. Allgemein anerkannte Regeln der Technik sind insbesondere die technischen Bestimmungen für den Bau, den Betrieb und die Unterhaltung der Abwasseranlagen und die Einleitungsstandards, die die Oberste Wasserbehörde durch öffentliche Bekanntmachung einführt.

## **§ 15**

### **Herstellung, Änderung und Unterhaltung der Grundstücksentwässerungsanlagen**

- (1) Die Grundstücksentwässerungsanlagen sind vom Grundstückseigentümer auf seine Kosten herzustellen, zu unterhalten und nach Bedarf gründlich zu reinigen.

- (2) Der Grundstückseigentümer hat die Verbindung der Grundstücksentwässerungsanlagen mit den Grundstücksanschlüssen im Einvernehmen mit dem Zweckverband herzustellen. Grundleitungen sind in der Regel mit mindestens 150 mm Nennweite auszuführen.
- (3) Bestehende Grundstücksentwässerungsanlagen sind vom Grundstückseigentümer auf seine Kosten zu ändern, wenn Menge oder Art des Abwassers dies notwendig machen.
- (4) Änderungen an einer Grundstücksentwässerungsanlage, die infolge einer nicht vom Grundstückseigentümer zu vertretenden Änderung der öffentlichen Abwasseranlagen notwendig werden, führt der Zweckverband auf seine Kosten aus, sofern nichts anderes bestimmt ist.
- (5) Wird eine Grundstücksentwässerungsanlage –auch vorübergehend– außer Betrieb gesetzt, so kann der Zweckverband den Grundstücksanschluss verschließen oder beseitigen. Der Aufwand ist vom Grundstückseigentümer zu ersetzen. § 12 Abs. 3 und 4 gelten entsprechend. Der Zweckverband kann die in Satz 1 genannten Maßnahmen auf den Grundstückseigentümer übertragen.

## **§ 16**

### **Abscheider, Hebeanlagen, Pumpen, Zerkleinerungsgeräte**

- (1) Auf Grundstücken, auf denen Fette, Leichtflüssigkeiten, wie Benzin und Benzol, sowie Öle oder Ölrückstände in das Abwasser gelangen können, sind Vorrichtungen zur Abscheidung dieser Stoffe aus dem Abwasser (Abscheider mit dazugehörigen Schlammfängen) einzubauen, zu betreiben, zu unterhalten und zu erneuern. Die Abscheider mit den dazugehörigen Schlammfängen sind vom Grundstückseigentümer in regelmäßigen Zeitabständen, darüber hinaus bei besonderem Bedarf zu leeren und zu reinigen. Bei schuldhafter Säumnis ist er dem Zweckverband schadensersatzpflichtig. Für die Beseitigung der anfallenden Stoffe gelten die Vorschriften über die Abfallbeseitigung.
- (2) Der Zweckverband kann vom Grundstückseigentümer im Einzelfall den Einbau und den Betrieb einer Abwasserhebeanlage verlangen, wenn dies für die Ableitung des Abwassers notwendig ist; dasselbe gilt für Pumpenanlagen bei Grundstücken, die an Abwasserdruckleitungen angeschlossen werden. § 14 bleibt unberührt. Über den Einzelfall entscheidet der Verwaltungsrat.
- (3) Zerkleinerungsgeräte für Küchenabfälle, Müll, Papier und dergleichen sowie Handtuchspender mit Spülvorrichtung dürfen nicht an Grundstücksentwässerungsanlagen angeschlossen werden.

## **§ 17**

### **Spülaborte, Kleinkläranlagen**

- (1) Auf Grundstücken, die an die öffentliche Abwasserbeseitigung mit zentraler Abwasserreinigung angeschlossen sind, sind in Gebäuden mit Aufenthaltsräumen nur Aborte mit Wasserspülung zulässig (§ 48 Abs. 3 Sächsische Bauordnung).
- (2) Kleinkläranlagen, abflusslose Gruben und Sickeranlagen sind unverzüglich außer Betrieb zu setzen, sobald das Grundstück an ein öffentliches Klärwerk angeschlossen ist. Den Aufwand für die Stilllegung trägt der Grundstückseigentümer selbst.

## **§ 18**

### **Sicherung gegen Rückstau**

Abwasseraufnahmeeinrichtungen der Grundstücksentwässerungsanlagen, zum Beispiel Aborte mit Wasserspülung, Bodenabläufe, Ausgüsse, Spülen, Waschbecken und dergleichen, die tiefer als die Straßenoberfläche an der Anschlussstelle der Grundstücksentwässerung (Rückstauenebene) liegen, müssen vom Grundstückseigentümer auf seine Kosten gegen Rückstau gesichert werden. Im Übrigen hat der Grundstückseigentümer für rückstaufreien Abfluss des Abwassers zu sorgen.

## **§ 19**

### **Abnahme und Prüfung der Grundstücksentwässerungsanlagen, Zutrittsrecht**

- (1) Die Grundstücksentwässerungsanlage darf erst nach Abnahme durch den Zweckverband in Betrieb genommen werden. Die Abnahme der Grundstücksentwässerungsanlage befreit den Bauherrn, den Planverfasser, den Bauleiter und den ausführenden Unternehmer nicht von ihrer Verantwortlichkeit für die vorschriftsmäßige und fehlerfreie Ausführung der Arbeiten.
- (2) Der Zweckverband ist berechtigt, die Grundstücksentwässerungsanlagen zu prüfen. Den mit der Überwachung der Anlagen beauftragten Personen ist zu allen Teilen der Grundstücksentwässerungsanlagen Zutritt zu gewähren. Grundstückseigentümer und Besitzer haben den zur Prüfung des Abwassers notwendigen Einblick in die Betriebsvorgänge zu gewähren und die sonst erforderlichen Auskünfte zu erteilen.
- (3) Werden bei der Prüfung der Grundstücksentwässerungsanlagen Mängel festgestellt, hat sie der Grundstückseigentümer unverzüglich auf seine Kosten zu beseitigen.

## **Vierter Teil**

### **Anzeigepflicht, Haftung, Ordnungswidrigkeiten**

## **§ 20**

### **Anzeigepflichten**

- (1) Binnen eines Monats sind dem Zweckverband der Erwerb oder die Veräußerung eines an die öffentlichen Abwasseranlagen angeschlossenen Grundstücks anzuzeigen. Entsprechendes gilt beim Erbbaurecht oder einem sonstigen dinglichen baulichen Nutzungsrecht. Anzeigepflichtig sind der Veräußerer und der Erwerber.
- (2) Binnen eines Monats nach Ablauf des Veranlagungszeitraumes hat der Gebührenpflichtige dem Zweckverband anzuzeigen:
  1. die Menge des Wasserverbrauchs aus einer nichtöffentlichen Wasserversorgungsanlage,
  2. die Menge der Einleitungen aufgrund besonderer Genehmigungen (§ 7 Abs. 4) und
  3. das auf dem Grundstück gesammelte und als Brauchwasser verwendete Niederschlagswasser.
- (3) Unverzüglich haben die Grundstückseigentümer und die sonst zur Nutzung eines Grundstücks oder einer Wohnung berechtigten Personen dem Zweckverband mitzuteilen:
  1. Änderungen der Beschaffenheit, der Menge und des zeitlichen Anfalls des Abwassers;

2. wenn gefährliche oder schädliche Stoffe in die öffentlichen Abwasseranlagen gelangen oder damit zu rechnen ist.
- (4) Wird eine Grundstücksentwässerungsanlage, auch nur vorübergehend, außer Betrieb gesetzt, hat der Grundstückseigentümer diese Absicht so frühzeitig mitzuteilen, dass der Grundstücksanschluss rechtzeitig verschlossen oder beseitigt werden kann.

## **§ 21**

### **Haftung des Zweckverbandes**

- (1) Werden die öffentlichen Abwasseranlagen durch Betriebsstörungen, die der Zweckverband nicht zu vertreten hat, vorübergehend ganz oder teilweise außer Betrieb gesetzt oder treten Mängel oder Schäden auf, die durch Rückstau infolge von Naturereignissen wie Hochwasser, Starkregen oder Schneeschmelze oder durch Hemmungen im Abwasserablauf verursacht sind, so erwächst daraus kein Anspruch auf Schadenersatz.
- (2) Die Verpflichtung des Grundstückseigentümers zur Sicherung gegen Rückstau (§ 18) bleibt unberührt.
- (3) Unbeschadet des § 2 des Haftpflichtgesetzes haftet der Zweckverband nur für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit.

## **§ 22**

### **Haftung der Benutzer**

Der Grundstückseigentümer und die sonstigen Benutzer haften für schuldhaft verursachte Schäden, die infolge einer unsachgemäßen oder den Bestimmungen dieser Satzung widersprechenden Benutzung oder infolge eines mangelhaften Zustandes der Grundstücksentwässerungsanlagen entstehen. Sie haben den Zweckverband von Ersatzansprüchen Dritter freizustellen, die wegen solcher Schäden geltend gemacht werden. Gehen derartige Schäden auf mehrere Grundstücksentwässerungsanlagen zurück, so haften deren Eigentümer oder Benutzer als Gesamtschuldner.

## **§ 23**

### **Ordnungswidrigkeiten**

- (1) Ordnungswidrig im Sinne von § 124 Abs. 1 Nr. 1 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
  1. entgegen § 3 Abs. 1 das Abwasser nicht dem Zweckverband überlässt;
  2. entgegen § 6 Abs. 1 bis 3 von der Einleitung ausgeschlossene Abwässer oder Stoffe in die öffentlichen Abwasseranlagen einleitet oder die vorgeschriebenen Grenzwerte für einleitbares Abwasser nicht einhält;
  3. entgegen § 7 Abs. 1 Abwasser ohne Vorbehandlung oder Speicherung in öffentliche Abwasseranlagen einleitet, die nicht an ein öffentliches Klärwerk angeschlossen sind;
  4. entgegen § 7 Abs. 3 fäkalienhaltiges Abwasser ohne ausreichende Vorbehandlung in öffentliche Abwasseranlagen einleitet, die nicht an ein öffentliches Klärwerk angeschlossen sind;
  5. entgegen § 7 Abs. 4 sonstiges Wasser oder Abwasser, das der Beseitigungspflicht nicht unterliegt, ohne besondere Genehmigung des Zweckverbandes in öffentliche Abwasseranlagen einleitet;
  6. entgegen § 12 Abs. 1 einen vorläufigen oder vorübergehenden Anschluss nicht vom Zweckverband herstellen lässt;

7. entgegen § 13 Abs. 1 einen Anschluss an die öffentlichen Abwasseranlagen ohne schriftliche Genehmigung des Zweckverbandes herstellt, benutzt oder ändert;
  8. die Grundstücksentwässerungsanlage nicht nach den Vorschriften des § 14 und § 15 Abs. 2 Satz 2 herstellt;
  9. die Verbindung der Grundstücksentwässerungsanlage mit dem Grundstücksanschluss nicht nach § 15 Abs. 2 Satz 1 im Einvernehmen mit dem Zweckverband herstellt;
  10. entgegen § 16 Abs. 1 die notwendige Entleerung und Reinigung der Abscheider nicht rechtzeitig vornimmt;
  11. entgegen § 16 Abs. 3 Zerkleinerungsgeräte oder ähnliche Geräte an die Grundstücksentwässerungsanlage anschließt;
  12. entgegen § 19 Abs. 1 die Grundstücksentwässerungsanlage vor Abnahme in Betrieb nimmt;
  13. entgegen § 20 seinen Anzeigepflichten gegenüber dem Zweckverband nicht richtig oder nicht rechtzeitig nachkommt.
- (2) Ordnungswidrig im Sinne von § 6 Abs. 2 Nr. 2 SächsKAG handelt, wer seinen Anzeigepflichten nach § 20 nicht richtig oder nicht rechtzeitig nachkommt.
- (3) Die Vorschriften des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes für den Freistaat Sachsen (SächsVwVG) bleiben unberührt.
- (4) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße von bis 2.500,00 EUR geahndet werden. Sie soll den wirtschaftlichen Vorteil, den der Täter aus der Ordnungswidrigkeit gezogen hat, übersteigen. Reicht das satzungsmäßige Höchstmaß nicht aus, so kann es überschritten werden.

## Fünfter Teil Übergangs- und Schlussbestimmungen

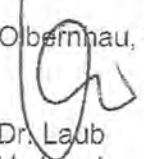
### § 24 Unklare Rechtsverhältnisse

Bei Grundstücken, die im Grundbuch noch als Eigentum des Volkes eingetragen sind, tritt an die Stelle des Grundstückseigentümers nach den Vorschriften dieser Satzung der Verfügungsberechtigte im Sinne von § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Feststellung der Zuordnung von ehemals volkseigenem Vermögen (Vermögenszuordnungsgesetz – VZOG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. März 1994 (BGBl. I S. 709), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 03. Juli 2009 (BGBl. I S. 1688).

### § 25 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Abwassersatzung vom 17. November 1997 (veröffentlicht am 30. Januar 1998 in der Tageszeitung „Freie Presse“, Ausgaben Marienberg und Freiberg) in der Fassung der 1. Änderungssatzung vom 09. April 2001 (veröffentlicht am 25. April in der Tageszeitung „Freie Presse“, Ausgaben Marienberg und Freiberg) außer Kraft.

Olbernhau, den 02. März 2011

  
Dr. Laub  
Verbandsvorsitzender  
AZV Olbernhau



#### Hinweis


Nach § 4 Abs. 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO)

Nach § 4 Abs. 4 Satz 1 der SächsGemO gelten Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der SächsGemO zustande gekommen sind, ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen.

Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Verbandsvorsitzende dem Beschluss nach § 52 Abs. 2 SächsGemO wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in § 4 Abs. 4 Satz 1 SächsGemO genannten Frist
  - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
  - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber dem Zweckverband unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist die Verletzung nach den Nummern 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in § 4 Abs. 4 Satz 1 SächsGemO genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

  
Dr. Laub  
Verbandsvorsitzender  
Abwasserzweckverband Olbernhau





**IV/3 Satzung des Abwasserzweckverbandes Olbernhau vom 02.03.2011; 1. Änderung vom 14.11.2011; 2. Änderung vom 27.11.2012**

## **1. Satzung zur Änderung der Satzung des Abwasserzweckverbandes Olbernhau über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung) vom 14. November 2011**

Aufgrund von § 63 Sächsisches Wassergesetz (SächsWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Oktober 2004 (SächsGVBl. S. 482), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. September 2010 (SächsGVBl. S. 270), § 47 Abs. 2 in Verbindung mit § 5 Abs. 4 und § 6 Abs. 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) vom 19. August 1993 (SächsGVBl. S. 815, ber. S. 1103), zuletzt geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 15. Dezember 2010 (SächsGVBl. S. 387) und der §§ 4, 14 und 124 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2003 (SächsGVBl. S. 55, 159), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 26. Juni 2009 (SächsGVBl. S. 323) in Verbindung mit den §§ 2, 9, 17 und 33 des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes (SächsKAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. August 2004 (SächsGVBl. S. 418, 2005 S. 306), zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 14 des Gesetzes vom 19. Mai 2010 (SächsGVBl. S. 142) hat die Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes Olbernhau am 14. November 2011 mit Beschluss VV 16/2011 folgende 1. Änderung der Abwassersatzung vom 02. März 2011, veröffentlicht am 05. März 2011 in der „Freien Presse“, Ausgaben Marienberg und Freiberg, beschlossen:

### **Artikel 1 Änderungsbestimmungen**

#### **1. § 1 Abs. 3 entfällt**

#### **2. § 2 Absatz 2 erhält folgende Fassung:**

- (2) Öffentliche Abwasseranlagen haben den Zweck, das im Verbandsgebiet angefallene Abwasser zu sammeln, den Abwasserbehandlungsanlagen zuzuleiten und zu reinigen. Öffentliche Abwasseranlagen sind insbesondere die öffentlichen Kanäle, Regenrückhaltebecken, Regenüberlauf- und Regenklärbecken, Abwasserpumpwerke und Klärwerke sowie offene und geschlossene Gräben, soweit sie der öffentlichen Abwasserbeseitigung dienen und keine Gewässer im Sinne vom § 24 des Sächsischen Wassergesetzes (SächsWG) sind. Zu den öffentlichen Abwasseranlagen gehören auch die Grundstücksanschlüsse. Grundstücksanschlüsse enden in der Regel an der Grundstücksgrenze bezogen auf die vorhandene öffentliche Abwasseranlage.

#### **3. § 4 entfällt**

#### **4. § 11 Abs. 4 erhält folgende Fassung:**

- (4) In besonders begründeten Fällen (zum Beispiel bei Sammelgaragen, Reihenhäusern, Hinterliegergrundstücken, Neubildung von Grundstücken nach Errichtung der öffentlichen Abwasseranlage) kann der Zweckverband den Anschluss mehrerer Grundstücke über einen gemeinsamen Grundstücksanschluss vorschreiben oder auf Antrag zulassen, sofern diese Grundstücke nach dem Abwasserbeseitigungskonzept des Zweckverbandes als zentral erschlossen oder als zentral erschließbar ausgewiesen sind; die Kostentragung ist in diesem Fall unter den Anschlussnehmern zu regeln.

#### **5. § 11 Abs. 5 entfällt**

**6. § 12 Abs. 1 erhält folgende Fassung:**

- (1) Der Zweckverband kann weitere Grundstücksanschlüsse vorschreiben oder auf Antrag des Grundstückseigentümers zulassen.

**7. § 13 Abs. 1 Satz 2 entfällt**

**8. § 15 Abs. 1 erhält folgende Fassung:**

- (1) Die Grundstücksentwässerungsanlagen sind vom Grundstückseigentümer auf seine Kosten herzustellen, zu unterhalten und nach Bedarf gründlich zu reinigen. Im Vakuum-entwässerungssystem wird die Grundstücksentwässerungsanlage ausgehend von der vorhandenen öffentlichen Abwasseranlage bis einschließlich des Vakuumschachtes in Abstimmung mit dem Grundstückseigentümer vom Zweckverband hergestellt, unterhalten und nach Bedarf gründlich gereinigt; der Herstellungsaufwand ist durch den Grundstückseigentümer dem Zweckverband zu ersetzen.

**9. § 16 Abs. 2 erhält folgende Fassung:**

- (2) Der Zweckverband kann vom Grundstückseigentümer den Einbau und den Betrieb einer Abwasserhebeanlage, eines Pumpenschachtes oder eines Vakuumschachtes verlangen, wenn dies für die Ableitung des Abwassers notwendig ist. Der Zweckverband entscheidet über das jeweilige Grundstücksentwässerungssystem. § 14 bleibt unberührt.

**10. § 19 erhält einen zusätzlichen Absatz 4:**

- (4) Der Zweckverband ist berechtigt, die für die Gebührenerhebung maßgeblichen Sachverhalte (zum Beispiel Art der Wasserversorgung, Anzahl Wohn- und Gewerbeeinheiten) zu überprüfen. Den mit der Überprüfung beauftragten Personen ist hierfür der Zutritt zum Grundstück und zum Gebäude zu gewähren.

**11. § 23 Abs. 1 Nr. 6 entfällt**

**12. § 23 Abs. 1 erhält einen zusätzlichen Punkt 14:**

14. entgegen § 19 Abs. 2 und 4 den Zutritt nicht gewährt.

**Artikel 2  
Inkrafttreten**

Die Satzung tritt am 01.01.2012 in Kraft.

Olbernhau, den 14.11.2011

Dr. Laub  
Verbandsvorsitzender  
AZV Olbernhau



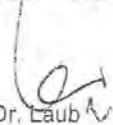
#### Hinweis

Nach § 4 Abs. 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) gelten Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der SächsGemO zustande gekommen sind, ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen.

Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Verbandsvorsitzende dem Beschluss nach § 52 Abs. 2 SächsGemO wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in § 4 Abs. 4 Satz 1 SächsGemO genannten Frist
  - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
  - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber dem Zweckverband unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist die Verletzung nach den Nummern 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in § 4 Abs. 4 Satz 1 SächsGemO genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

  
Dr. Laub  
Verbandsvorsitzender  
Abwasserzweckverband Olbernhau



## **2. Satzung zur Änderung der Satzung des Abwasserzweckverbandes Olbernhau über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung) vom 27. November 2012**

Aufgrund von § 63 Sächsisches Wassergesetz (SächsWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Oktober 2004 (SächsGVBl. S. 482), zuletzt geändert durch Artikel 55 des Gesetzes vom 27. Januar 2012 (SächsGVBl. S. 130), § 47 Abs. 2 in Verbindung mit § 5 Abs. 4 und § 6 Abs. 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) vom 19. August 1993 (SächsGVBl. S. 815, 1103), zuletzt geändert durch Artikel 24 des Gesetzes vom 27. Januar 2012 (SächsGVBl. S. 130) und der §§ 4, 14 und 124 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2003 (SächsGVBl. S. 55, 159), zuletzt geändert durch Artikel 14 des Gesetzes vom 27. Januar 2012 (SächsGVBl. S. 130) in Verbindung mit den §§ 2, 9, 17 und 33 des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes (SächsKAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. August 2004 (SächsGVBl. S. 418, 2005 S. 306), zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 14 des Gesetzes vom 19. Mai 2010 (SächsGVBl. S. 142) hat die Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes Olbernhau am 27. November 2012 mit Beschluss VV 06/2012 folgende 2. Änderung der Abwassersatzung vom 02. März 2011, veröffentlicht am 05. März 2011 in der „Freien Presse“, Ausgaben Marienberg und Freiberg, beschlossen:

### **Artikel 1 Änderungsbestimmungen**

In § 7 werden die folgenden Absätze 5 bis 7 angefügt:

- (5) Der Zweckverband ist berechtigt, die Abwassereinleitung bzw. Abwasserbeseitigung fristlos zu unterbinden bzw. einzustellen, wenn die in § 3 Abs.1 und 2 bzw. Abs.5 bezeichneten Personen (Betroffene) den Bestimmungen dieser Abwassersatzung oder der Abwassergebührensatzung (GebS) des Abwasserzweckverbandes Olbernhau vom 02. März 2011 (veröffentlicht am 05. März 2011 in der „Freien Presse“, Ausgaben Marienberg und Freiberg) zuwiderhandeln und die Unterbindung bzw. die Einstellung erforderlich sind, um
  1. eine unmittelbare Gefahr für die Sicherheit von Personen und Anlagen abzuwenden,
  2. die Einleitung von Abwasser unter Umgehung, Beeinflussung oder vor Anbringen einer Messeinrichtung gemäß § 4 Abs.2 GebS zu verhindern oder
  3. zu gewährleisten, dass Störungen anderer Abwassereinleiter oder störende Rückwirkungen auf Einrichtungen des Zweckverbands oder Dritter oder schädliche Rückwirkungen auf die öffentliche Abwasserbeseitigung ausgeschlossen sind.
- (6) Bei anderen, als den in Abs.5 bezeichneten Zuwiderhandlungen, insbesondere bei Nichterfüllung einer Zahlungsverpflichtung trotz Mahnung, ist der Zweckverband berechtigt, die Abwassereinleitung bzw. die Abwasserbeseitigung zwei Wochen nach Ankündigung zu unterbinden bzw. einzustellen. Dies gilt nicht, wenn die Betroffenen darlegen, dass die Folgen der Unterbindung der Abwassereinleitung bzw. der Einstellung der Abwasserbeseitigung außer Verhältnis zur Schwere der Zuwiderhandlung stehen und hinreichende Aussicht besteht, dass die Betroffenen ihren Zahlungsverpflichtungen bzw. übrigen satzungsmäßigen Verpflichtungen nachkommen. Der Zweckverband kann mit der Mahnung zugleich die Unterbindung der Abwassereinleitung bzw. die Einstellung der Abwasserbeseitigung ankündigen.

- (7) Der Zweckverband hat die Abwassereinleitung bzw. Abwasserbeseitigung unverzüglich wieder zu ermöglichen bzw. aufzunehmen, sobald die Gründe für die Unterbindung bzw. die Einstellung entfallen sind und die Betroffenen die Kosten, die dem Zweckverband durch die Unterbindung der Abwassereinleitung bzw. die Einstellung der Abwasserbeseitigung entstanden sind, ersetzt hat. Die Kosten können pauschal berechnet werden.

## Artikel 2 Inkrafttreten

Die Satzung tritt am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Olbernhau, den 27. November 2012

  
Dr. Laub  
Verbandsvorsitzender  
AZV Olbernhau




### Hinweis

Nach § 4 Abs. 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) gelten Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der SächsGemO zustande gekommen sind, ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen.

Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Verbandsvorsitzende dem Beschluss nach § 52 Abs. 2 SächsGemO wegen Gesetzwidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in § 4 Abs. 4 Satz 1 SächsGemO genannten Frist
  - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
  - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber dem Zweckverband unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist die Verletzung nach den Nummern 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in § 4 Abs. 4 Satz 1 SächsGemO genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

  
Dr. Laub  
Verbandsvorsitzender  
Abwasserzweckverband Olbernhau





- IV/4 Satzung des Abwasserzweckverbandes Olbernhau zur Entsorgung von Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben vom 02.03.2011; 1. Änderung vom 26.03.2011; 2. Änderung vom 29.09.2014**

# **1. Satzung zur Änderung der Satzung des Abwasserzweckverbandes Olbernhau zur Entsorgung von Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben (Entsorgungssatzung) vom 26. März 2014**

Aufgrund von § 48 Sächsisches Wassergesetz (SächsWG) vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 503), § 47 Abs. 2 in Verbindung mit § 5 Abs. 4 und § 6 Abs. 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) vom 19. August 1993 (SächsGVBl. S. 815, 1103), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 28. November 2013 (SächsGVBl. S. 822) und der §§ 4, 14 und 124 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2003 (SächsGVBl. S. 55, 159), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28. November 2013 (SächsGVBl. S. 822) in Verbindung mit den §§ 2 und 9 des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes (SächsKAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. August 2004 (SächsGVBl. S. 418, 2005 S. 306), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 28. November 2013 (SächsGVBl. S. 822) hat die Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes Olbernhau am 26. März 2014 mit Beschluss VV 01/2014 folgende 1. Satzung zur Änderung der Entsorgungssatzung vom 02. März 2011, veröffentlicht am 05. März 2011 in der „Freien Presse“, Ausgaben Marienberg und Freiberg, beschlossen:

## **Artikel 1 Änderungsbestimmungen**

### **1. § 7 Satz 2 erhält folgende Fassung:**

Die §§ 7 bis 10 gelten nicht für abflusslose Gruben zur Sammlung aller häuslichen Abwässer im Sinne des § 6 ab Nr. 3 der Abwassergebührensatzung.

### **2. § 9 Abs. 1 Satz 3 erhält folgende Fassung:**

Die Entsorgungsgebühr beträgt für

- |    |  |               |
|----|--|---------------|
| a) | Einsammeln, Transportieren und Entsorgen des Inhaltes aus abflusslosen Gruben und Kleinkläranlagen                                       | 26,20 EUR/m³  |
| b) | Entsorgung des Inhaltes aus abflusslosen Gruben und Kleinkläranlagen bei Selbstanlieferung an einer zentralen verbandseigenen Kläranlage | 12,80 EUR/m³. |

## **Artikel 2 Inkrafttreten**


Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Olbernhau, den 26. März 2014

  
Dr. Laub

Verbandsvorsitzender

Abwasserzweckverband Olbernhau

  
- Siegel -

**H i n w e i s** nach § 4 Abs. 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO):

Nach § 4 Abs. 4 der SächsGemO gelten Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften zustande gekommen sind, ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zu Stande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Verbandsvorsitzende dem Beschluss nach § 52 Abs. 2 SächsGemO wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in § 4 Abs. 4 Satz 1 SächsGemO genannten Frist
  - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
  - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber dem Zweckverband unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach den Nummern 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in § 4 Abs. 4 Satz 1 SächsGemO genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

  
Dr. Laub

Verbandsvorsitzender

Abwasserzweckverband Olbernhau

  
- Siegel -

## **2. Satzung zur Änderung der Satzung des Abwasserzweckverbandes Olbernhau zur Entsorgung von Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben (Entsorgungssatzung) vom 29. September 2014**

Aufgrund von § 48 Sächsisches Wassergesetz (SächsWG) vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 503), § 47 Absatz 2 in Verbindung mit § 5 Absatz 4 und § 6 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. März 2014 (SächsGVBl. S. 196) und der §§ 4, 14 und 124 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. März 2014 (SächsGVBl. S. 146) in Verbindung mit den §§ 2 und 9 des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes (SächsKAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. August 2004 (SächsGVBl. S. 418, 2005 S. 306), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 28. November 2013 (SächsGVBl. S. 822) hat die Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes Olbernhau am 29. September 2014 mit Beschluss VV 12/2014 folgende 2. Satzung zur Änderung der Entsorgungssatzung vom 2. März 2011, veröffentlicht am 5. März 2011 in der „Freien Presse“, Ausgaben Marienberg und Freiberg, zuletzt geändert am 26. März 2014, veröffentlicht am 5. April 2014 in der „Freien Presse“, Ausgaben Marienberg und Freiberg beschlossen:

### **Artikel 1 Änderungsbestimmungen**

#### **1. § 1 Absätze 1 und 2 werden wie folgt neu gefasst:**

- (1) Der Verband betreibt das Entleeren, Transportieren und Behandeln des anfallenden Schlammes aus Kleinkläranlagen und des Grubeninhaltes aus abflusslosen Gruben als öffentliche Einrichtung.
- (2) Die Abwasserbeseitigung nach Absatz 1 umfasst gemäß § 48 SächsWG in der jeweils geltenden Fassung und § 5 der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft zu den Anforderungen an Kleinkläranlagen und abflusslose Gruben, über deren Selbstüberwachung und Wartung sowie deren Überwachung (Kleinkläranlagenverordnung) vom 19. Juni 2007 (SächsGVBl. S. 281), geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 503) auch die Überwachung der Selbstüberwachung und Wartung von Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben.

#### **2. Bei § 4 Absatz 1 wird nach Satz 1 folgender Satz zusätzlich eingefügt:**

Den Bedarf einer Entsorgung hat der Grundstückseigentümer oder ein von ihm beauftragtes Wartungsunternehmen rechtzeitig beim Verband anzuzeigen.

#### **3. § 9 Absatz 1 wird wie folgt neu gefasst:**

- (1) Die Entsorgungsgebühr bemisst sich nach der entsorgten Menge, welche vornehmlich mittels Volumen- oder Durchflussmessgerät am Saugwagen ermittelt wird.

Die Entsorgungsgebühr beträgt für

- a) Einsammeln, Transportieren und Entsorgen des Inhaltes aus abflusslosen Gruben und Kleinkläranlagen
  - bis zu einem m<sup>3</sup> 33,70 EUR
  - ansonsten 16,85 EUR je halben m<sup>3</sup>.

- b) Entsorgung des Inhaltes aus abflusslosen Gruben und Kleinkläranlagen bei Selbstanlieferung an einer zentralen verbandseigenen Kläranlage 17,90 EUR/m<sup>3</sup>.

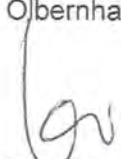
**4. § 9 Absatz 3 wird wie folgt neu gefasst:**

- (3) Schlauchlängen größer als 10 Meter werden mit 1,17 EUR je zusätzlichem Meter berechnet.

**Artikel 2  
Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am 1. Januar 2015 in Kraft.

Olbernhau, den 29. September 2014

  
Dr. Laub  
Verbandsvorsitzender  
Abwasserzweckverband Olbernhau

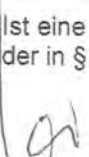


Hinweis nach § 4 Absatz 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO)

Nach § 4 Absatz 4 der SächsGemO gelten Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften zustande gekommen sind, ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zu Stande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Verbandsvorsitzende dem Beschluss nach § 52 Absatz 2 SächsGemO wegen Gesetzwidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in § 4 Absatz 4 Satz 1 SächsGemO genannten Frist
  - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
  - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber dem Zweckverband unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach den Nummern 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in § 4 Absatz 4 Satz 1 SächsGemO genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

  
Dr. Laub  
Verbandsvorsitzender  
Abwasserzweckverband Olbernhau



## **Satzung des Abwasserzweckverbandes Olbernhau zur Entsorgung von Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben (Entsorgungssatzung) vom 02. März 2011**

Aufgrund von § 63 Sächsisches Wassergesetz (SächsWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Oktober 2004 (SächsGVBl. S. 482), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. September 2010 (SächsGVBl. S. 270), § 47 Abs. 2 in Verbindung mit § 5 Abs. 4 und § 6 Abs. 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) vom 19. August 1993 (SächsGVBl. S. 815, 1103), zuletzt geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 15. Dezember 2010 (SächsGVBl. S. 387) und der §§ 4, 14 und 124 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2003 (SächsGVBl. S. 55, 159), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 26. Juni 2009 (SächsGVBl. S. 323, 325) in Verbindung mit den §§ 2 und 9 des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes (SächsKAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. August 2004 (SächsGVBl. S. 418, 2005 S. 306), zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 14 des Gesetzes vom 19. Mai 2010 (SächsGVBl. S. 142) hat die Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes Olbernhau am 02. März 2011 mit Beschluss VV 08/2011 folgende Entsorgungssatzung beschlossen:

### **I. Allgemeines**

#### **§ 1 Öffentliche Einrichtungen, Begriffsbestimmungen**

- (1) Der Verband betreibt das Entnehmen und Transportieren des anfallenden Schlammes aus Kleinkläranlagen, das Entleeren und Transportieren des Grubeninhalts aus abflusslosen Gruben als öffentliche Einrichtung.
- (2) Die Abwasserbeseitigung nach Absatz 1 umfasst gemäß § 63 Abs.1 SächsWG in der jeweils geltenden Fassung und § 5 der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft zu den Anforderungen an Kleinkläranlagen und abflusslose Gruben, über deren Eigenkontrolle und Wartung sowie deren Überwachung (Kleinkläranlagenverordnung) vom 19. Juni 2007 (SächsGVBl. S. 281) auch die Überwachung der Eigenkontrolle und Wartung von Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben.
- (3) Die Rechte und Pflichten dieser Satzung beziehen sich auf den Grundstückseigentümer. Der Erbbauberechtigte oder der sonst dinglich zur baulichen Nutzung des Grundstückes Berechtigte tritt anstelle des Grundstückseigentümers. Als Grundstückseigentümer im Sinne dieser Satzung gelten auch natürliche oder juristische Personen, die ein Grundstück erworben und in Besitz genommen haben, ohne dass der Eigentumswechsel bereits erfolgt ist. Regelungen in dieser Satzung, welche Grundstückseigentümer betreffen, richten sich auch an die den Grundstückseigentümern nach Satz 2 und 3 Gleichgestellten. Mehrere Grundstückseigentümer für dasselbe Grundstück haften als Gesamtschuldner.

Soweit Kleinkläranlagen oder abflusslose Gruben von mehreren Grundstücken gemeinsam genutzt werden, so betreffen die Rechte und Pflichten nach dieser Satzung denjenigen Grundstückseigentümer, auf dessen Grundstück sich die Kleinkläranlage oder abflusslose Grube befindet.

(4) Nicht in den Geltungsbereich dieser Satzung fallen:

- die Entsorgung von Rückständen aus Leichtflüssigkeit- und Fettabseichern
- die Entsorgung von Jauche- und Güllegruben

In diesen Fällen trägt der Grundstückseigentümer die Entsorgungspflicht.

## **§ 2**

### **Anschluss und Benutzung**

- (1) Die Eigentümer von Grundstücken, auf denen Kleinkläranlagen oder abflusslose Gruben vorhanden sind, sind nach näheren Bestimmungen dieser Satzung berechtigt und verpflichtet, ihre Grundstücke an die öffentliche Einrichtung für die Abwasserbeseitigung nach § 1 Abs. 1 anzuschließen und den Schlamm aus den Kleinkläranlagen und den Inhalt der abflusslosen Gruben dem Verband zu überlassen. Der Verband kann zur Erfüllung der nach dieser Satzung bestehenden Verpflichtungen Anordnungen für den Einzelfall erlassen.
- (2) Von der Verpflichtung zum Anschluss oder zur Benutzung wird der nach Abs. 1 Verpflichtete auf Antrag ganz oder zum Teil befreit, wenn ihm der Anschluss oder die Benutzung wegen seines, die öffentlichen Belange überwiegenden, privaten Interesses an der eigenen Beseitigung des Abwassers nicht zugemutet werden kann und die Befreiung wasserwirtschaftlich unbedenklich ist. Der Antrag auf Befreiung ist unter Angabe der Gründe schriftlich beim Verband einzureichen.
- (3) Über die Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang entscheidet der Verband durch Verwaltungsakt.

## **§ 3**

### **Betrieb der Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben**

- (1) Jedes Grundstück, das an die öffentliche Entsorgung von Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben angeschlossen wird, ist vorher vom Grundstückseigentümer auf seine Kosten mit einer Kleinkläranlage oder abflusslosen Grube zu versehen, die von ihm entsprechend den hierfür geltenden Bestimmungen, insbesondere des Bau- und Wasserrechts, und nach den anerkannten Regeln der Technik herzustellen, zu betreiben, zu unterhalten und zu ändern ist (DIN 4261).
- (2) Kleinkläranlagen oder abflusslose Gruben sind durch den Grundstückseigentümer im Einvernehmen mit dem Verband so herzustellen, zu betreiben und zu unterhalten, dass sie über eine verkehrssichere Zuwegung für gewöhnliche Entsorgungsfahrzeuge verfügen und hierüber ordnungsgemäß entleert sowie überwacht werden können. Treten bei der Anfahrt, der Entleerung oder dem Zugang zum Zwecke der Überwachung Störungen auf, die der Verband nicht zu vertreten hat, trägt der Grundstückseigentümer die dadurch entstandenen Kosten.

- (3) In die Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben dürfen Stoffe nicht eingeleitet werden,
- a) die die bei der Entsorgung beschäftigten Personen gefährden oder deren Gesundheit beeinträchtigen,
  - b) die die zur Entsorgung verwendeten Anlagen, Fahrzeuge und Geräte gefährden oder beschädigen, die Entsorgung erschweren, behindern oder beeinträchtigen oder
  - c) die sich sonst schädlich auf die Umwelt, insbesondere die Gewässer, auswirken können.
- (4) Wird den Kleinkläranlagen oder abflusslosen Gruben nicht ausschließlich häusliches Abwasser zugeführt, kann der Verband den Einbau und den Betrieb von geeigneten Überwachungseinrichtungen auf Kosten des Grundstückseigentümers verlangen.
- (5) Im übrigen gelten die Bestimmungen der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung des Verbandes (Abwassersatzung) in der jeweils geltenden Fassung über
1. die Ausschlüsse in § 6 Abs. 1 und 2 der Abwassersatzung für Einleitungen in die Kleinkläranlagen oder abflusslosen Gruben,
  2. den Einbau sowie die Entleerung und Reinigung von Abscheidevorrichtungen gemäß § 16 Abs. 1 der Abwassersatzung des Verbandes auf angeschlossenen Grundstücken entsprechend.

#### **§ 4**

#### **Entsorgung der Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben**

- (1) Die Entsorgung hat
- bei dem Schlamm aus teilbiologischen Kleinkläranlagen grundsätzlich aller zwei Jahre,
  - bei dem Schlamm aus vollbiologischen Kleinkläranlagen nach Bedarf und/oder in Abstimmung mit dem Unternehmen, das mit der Wartung der Anlage beauftragt ist,
  - bei dem Inhalt von abflusslosen Gruben zur Sammlung von Fäkalien mindestens einmal jährlich und
  - bei dem Inhalt von abflusslosen Gruben zur Sammlung aller häuslichen Abwässer nach Bedarf

zu erfolgen.

Die Grundstückseigentümer können in begründeten Fällen einen abweichenden Entsorgungszyklus beantragen. Sofern eine Entsorgung nicht erforderlich ist, insbesondere bei unbewohnten und auch sonst nicht genutzten Grundstücken, hat dies der Grundstückseigentümer dem Verband schriftlich mitzuteilen.

- (2) Der Verband bestimmt den Zeitpunkt, zu dem die Entsorgung durchgeführt wird. Die Grundstückseigentümer werden hiervon rechtzeitig in Kenntnis gesetzt. Sind die Termine allgemein festgelegt, so werden diese in allen im Verbandsgebiet vertriebenen Lokalausgaben der Tageszeitung „Freie Presse“ öffentlich bekanntgemacht. Zusätzlich erfolgt eine ortsübliche Bekanntmachung nach den Bestimmungen der jeweiligen Mitgliedsgemeinde.

Ist der Grundstückseigentümer zu dem bestimmten Zeitpunkt verhindert und kann die Entsorgung deshalb nicht durchgeführt werden, hat er den Verband oder das vom Verband beauftragte Entsorgungsunternehmen rechtzeitig darüber schriftlich zu unterrichten und einen neuen Termin abzustimmen. Wird die Unterrichtung unterlassen oder erfolgte sie nicht rechtzeitig, so sind die dadurch entstandenen Kosten einer nutzlosen Anfahrt vom Grundstückseigentümer zu ersetzen.

- (3) Ist eine Entsorgung nicht möglich, weil nach billiger Beurteilung durch den Verband die Kleinkläranlage oder abflusslose Grube entgegen § 3 Abs.2 mit einem gewöhnlichen Entsorgungsfahrzeug nicht erreichbar ist, hat der Grundstückseigentümer keinen Rechtsanspruch auf Durchführung der Entsorgung durch den Verband. Der Grundstückseigentümer hat statt dessen die Pflicht, innerhalb der in Abs. 1 genannten Zeiträume den Inhalt der Kleinkläranlage bzw. abflusslosen Grube nach vorheriger Abstimmung mit dem Verband an der vom Verband bestimmten zentralen Kläranlage anzuliefern.
- (4) Über die zu entsorgende Menge entscheidet der Verband bzw. der von ihm Beauftragte entsprechend der DIN 4261 für Kleinkläranlagen. Bei abflusslosen Gruben zur Sammlung aller häuslichen Abwässer kann eine Restmenge bis zu 3 m³ in der Anlage verbleiben.

## **§ 5**

### **Anzeigepflicht, Zutrittsrecht, Überwachung, Auskünfte**

- (1) Der Grundstückseigentümer hat dem Verband binnen eines Monats schriftlich anzuzeigen
  1. die Inbetriebnahme von Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben bei Neubau oder Nachrüstung unter gleichzeitiger Vorlage eines Nachweises des Bautyps und falls erforderlich der wasserrechtlichen Erlaubnis;
  2. den Erwerb oder die Veräußerung des Grundstückes oder Wegfall des Erbbaurechts bzw. sonstigen dinglichen Rechts, wenn auf dem Grundstück Kleinkläranlagen oder abflusslose Gruben vorhanden sind.
- (2) Für vorhandene Kleinkläranlagen oder abflusslose Gruben, für die dem Verband die erforderlichen Nachweisunterlagen noch nicht vorgelegt wurden, sind die Grundstückseigentümer verpflichtet, binnen eines Monats nach Aufforderung dem Verband folgende Unterlagen vorzulegen:
  - Nachweis des Bautyps der Kleinkläranlage bzw. abflusslosen Grube und
  - wasserrechtliche Erlaubnisse oder Entscheidungen und sonstige Zulassungen für Kleinkläranlagen, welche direkt in ein Gewässer einleiten.
- (3) Der Grundstückseigentümer hat den mit einem Ausweis versehenen Beauftragten des Verbandes den Zutritt zu allen Teilen der Kleinkläranlage oder abflusslosen Gruben zu gestatten, soweit das zur Erfüllung der in § 1 Abs. 2 bestimmten Aufgabe erforderlich ist.
- (4) Grundstückseigentümer, die Kleinkläranlagen betreiben, für die die Wartung durch den Hersteller oder einen Fachbetrieb vorgeschrieben ist, sind verpflichtet, unmittelbar nach einer durchgeführten Wartung dem Verband die Wartungsprotokolle zuzusenden.

- (5) Grundstückseigentümer, die sonstige Kleinkläranlagen und abflusslose Gruben betreiben, sind verpflichtet, ein Betriebsbuch zu führen, darin die nach § 4 Abs.4 Kleinkläranlagenverordnung vorgeschriebenen Eintragungen vorzunehmen und das Betriebsbuch dem Verband oder dem von ihm Beauftragten auf Verlangen vorzulegen. Wechselt der Betreiber, ist das Betriebsbuch dem neuen Betreiber zu übergeben. Die Betreiber dieser Anlagen haben ferner anlässlich der Fäkalschlammabfuhr oder Entleerung der abflusslosen Gruben die Einsichtnahme in das Betriebsbuch und die Sichtkontrolle der Anlagen zu gestatten.
- (6) Hat der Verband Mängel an Anlagen festgestellt und einen Grundstückseigentümer zu deren Beseitigung innerhalb einer angemessenen Frist aufgefordert, ist der Grundstückseigentümer verpflichtet, den Mangel fristgerecht zu beseitigen und dem Verband die Beseitigung anzuzeigen. Erhebliche Mängel sowie trotz Fristsetzung nicht behobene Mängel werden vom Verband der zuständigen Wasserbehörde angezeigt.
- (7) Der Grundstückseigentümer ist verpflichtet, dem Verband alle zur Durchführung seiner satzungsgemäßen Pflichten erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

## **§ 6 Haftung**

- (1) Die Grundstückseigentümer haften für schuldhaft verursachte Schäden, die infolge einer unsachgemäßen oder den Bestimmungen dieser Satzung widersprechenden Benutzung oder infolge eines mangelhaften Zustandes der Kleinkläranlagen oder abflusslosen Gruben entstehen. Sie haben den Verband von Ersatzansprüchen Dritter freizustellen, die wegen solcher Schäden geltend gemacht werden. Mehrere Ersatzpflichtige haften als Gesamtschuldner.
- (2) Kann die Entsorgung der Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben wegen höherer Gewalt, Betriebsstörung, Witterungseinflüssen, Hochwasser oder aus ähnlichen Gründen nicht oder nicht rechtzeitig durchgeführt werden, haben die Grundstückseigentümer keinen Anspruch auf Schadenersatz oder Ermäßigung der Gebühren.
- (3) Die Grundstückseigentümer haben für die ordnungsgemäße Benutzung der Kleinkläranlagen oder abflusslosen Gruben zu sorgen.

## **II. Benutzungsgebühren**

### **§ 7 Erhebungsgrundsatz**

Für die öffentliche Entsorgung von Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben erhebt der Verband Entsorgungsgebühren. Die §§ 7 bis 10 gelten nicht für abflusslose Gruben zur Sammlung aller häuslichen Abwässer. In diesen Fällen finden die Gebührenregelungen der Abwassergebührensatzung des Verbandes Anwendung.

### **§ 8 Gebührensschuldner**

Gebührensschuldner ist der Grundstückseigentümer. Mehrere Gebührensschuldner für dasselbe Grundstück haften als Gesamtschuldner.

## **§ 9 Entsorgungsgebühr**

- (1) Die Entsorgungsgebühr bemisst sich nach der entsorgten Menge, welche vornehmlich mittels Volumen- oder Durchflussmessgerät am Saugwagen ermittelt wird. Die kleinste abzurechnende Einheit beträgt 0,5 m³.

Die Entsorgungsgebühr beträgt für

- |   |               |
|---|---------------|
| a) Einsammeln, Transportieren und Entsorgen von Fäkalien aus abflusslosen Gruben und Kleinkläranlagen | 26,20 EUR/m³  |
| b) Entsorgung von Fäkalschlamm bei Selbstanlieferung an einer zentralen verbandseigenen Kläranlage    | 12,80 EUR/m³. |
- (2) Eine Leerfahrt nach § 4 Abs. 2 Satz 6 bzw. der zeitliche Mehraufwand nach § 3 Abs. 2 Satz 2 wird nach dem tatsächlichen Aufwand berechnet.
- (3) Schlauchlängen größer als 10 Meter werden mit 0,85 EUR je zusätzlichem Meter berechnet.

## **§ 10 Entstehen und Fälligkeit der Gebührenschuld**

- (1) Die Gebührenschuld entsteht mit der Erbringung der Leistung.
- (2) Die Gebühren sind zwei Wochen nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides zur Zahlung fällig.

## **III. Ordnungswidrigkeiten**

### **§ 11 Ordnungswidrigkeiten**

- (1) Ordnungswidrig im Sinne von § 124 Abs. 1 Nr. 1 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
1. entgegen § 2 Abs. 1 Satz 1 den Schlamm aus Kleinkläranlagen und den Inhalt abflussloser Gruben nicht dem Verband überlässt;
  2. Kleinkläranlagen und abflusslose Gruben nicht nach den Vorschriften des § 3 Abs. 1 herstellt, betreibt, unterhält und ändert;
  3. entgegen § 3 Abs. 3 in Verbindung mit § 6 Abs. 1 und 2 der Abwassersatzung von der Einleitung ausgeschlossene Abwässer oder Stoffe in Kleinkläranlagen oder abflusslose Gruben einleitet oder die vorgeschriebenen Höchstwerte für einleitbares Abwasser nicht einhält;
  4. entgegen § 3 Abs. 4 den Einbau und Betrieb einer Überwachungseinrichtung nicht vornimmt;
  5. entgegen § 3 Abs. 5 Nr. 2 in Verbindung mit § 16 Abs. 1 der Abwassersatzung die notwendige Entleerung und Reinigung der Abscheidevorrichtung nicht vornimmt;

6. entgegen § 4 Abs. 1 den Schlamm aus Kleinkläranlagen bzw. den Inhalt abflussloser Gruben nicht in der vorgeschriebenen Weise entsorgen lässt;
7. entgegen § 5 Abs. 1 und 2 seinen Anzeigepflichten gegenüber dem Verband nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig nachkommt;
8. entgegen § 5 Abs. 3 dem Beauftragten des Verbandes nicht unbehinderten Zutritt gewährt;
9. entgegen § 5 Abs. 4 und 5 die Wartungsprotokolle nicht zusendet bzw. die Einsichtnahme in das Betriebsbuch anlässlich der Fäkalschlammabfuhr nicht gewährleistet;
10. eine in § 5 Abs. 7 festgelegte Auskunftspflicht verletzt.

Die Vorschriften des Sächsischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes (SächsVwVG) bleiben unberührt.

- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 2.500,00 EUR geahndet werden. Sie soll den wirtschaftlichen Vorteil, den der Täter aus der Ordnungswidrigkeit gezogen hat, übersteigen. Reicht das satzungsmäßige Höchstmaß hierzu nicht aus, so kann es überschritten werden.

### **Schlussbestimmungen**

#### **§ 12 Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung des Abwasserzweckverbandes Olbernhau zur Entsorgung von Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben vom 30. November 2009 (veröffentlicht am 12./13. Dezember 2009 in der Tageszeitung „Freie Presse“, Ausgaben Marienberg und Freiberg) außer Kraft.

Olbernhau, den 02. März 2011

  
Dr. Laub  
Verbandsvorsitzender  
Abwasserzweckverband Olbernhau



#### Hinweis

Nach § 4 Abs. 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO)

Nach § 4 Abs. 4 Satz 1 der SächsGemO gelten Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der SächsGemO zustande gekommen sind, ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen.

Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Verbandsvorsitzende dem Beschluss nach § 52 Abs. 2 SächsGemO wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in § 4 Abs. 4 Satz 1 SächsGemO genannten Frist
  - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
  - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber dem Zweckverband unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist die Verletzung nach den Nummern 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in § 4 Abs. 4 Satz 1 SächsGemO genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

  
Dr. Laub

Verbandsvorsitzender  
Abwasserzweckverband Olbernhau

